

Editorial

Die Fraktion DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag Oder-Spree beginnt mit der Herausgabe von Informationen über ihre Politik im Kreistag. Künftig werden wir an dieser Stelle im Rhythmus der Sitzungen des Kreistages über unsere Arbeit berichten. In dieser Ausgabe geht es außerdem um unsere Bilanz für das Jahr 2020.

Bevor wir zur Sache kommen, haben wir einen großen Dank auszusprechen. Über viele Jahre waren uns Heinz Schneider, Peter Hochmuth, die Redaktion des *Widerspruch*, aufmerksame und wertvolle Partner. Nicht selten hatten wir Ihrer Arbeit und ihrem Entgegenkommen zu verdanken, dass unsere regelmäßigen Berichte

aus dem Kreistag noch einigermaßen aktuell im Widerspruch erscheinen konnten. Wir sehen darauf mit Dankbarkeit zurück, wenn jetzt für den *Widerspruch* eine neue Etappe der Redaktionsarbeit beginnt.

*Dr. Artur Pech,
Vorsitzender der Fraktion*

Das Jahr 2020 – Ein Blick zurück nach vorn

Im Rückblick stand die Arbeit der Fraktion 2020 sehr unter dem Druck von Corona. Darauf waren wir jedoch nicht beschränkt.

Bevor das Jahr begann, hatten wir im Kreistag eine Würdigung des 75. Jahrestages der Befreiung angeregt. Am 12. Februar beauftragte dann der Kreistag den Vorsitzenden des Kreistages und den Landrat, die Begehung des 75. Jahrestages der Befreiung des heutigen Gebietes des Landkreises Oder-Spree in würdiger Form vorzubereiten.

Im April, dem Monat der Befreiung, fielen dann die geplanten Maßnahmen der Corona-Pandemie zum Opfer. Die Würdigung wurde aber nicht vergessen, sondern zum Kreistag am 7. Oktober nachgeholt.

Ausgerechnet in der Zeit vor dem Jubiläum der Befreiung rollten wieder Panzer in Richtung der russischen Grenze durch Brandenburg. Selbst die Präsidentin des Landtages Brandenburg hatte in ihrem Grußwort anlässlich des 75. Jahrestages der Befreiung der ersten Orte auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg „bei allem Verständnis für die NATO-Manöver“ ihre Distanz zu diesem Manöver in dieser Zeit deutlich

werden lassen. Wir thematisierten diese Frage dann mit einer Anfrage im Kreistag zu entsprechenden Aktivitäten im Landkreis Oder-Spree.

Nachdem bereits zuvor Städte und Gemeinden des Landkreises ihre Bereitschaft zur Aufnahme minderjähriger Geflüchteter aus Griechenland erklärt hatten, beschloss auf unseren Antrag der Kreistag am 20. Mai sich ebenfalls dieser Initiative anzuschließen.

Ausgehend von weiteren aktuellen Problemen in der Migrationsdebatte meldete sich die Fraktion auch mit einer Broschüre zum Thema „Marx und Engels über Migration“ zu Wort.

Das waren die „großen politischen Probleme“. Nicht zu vergessen ist

auch, dass der Kreistag nach unserem Antrag eine Richtlinie zur „Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien für Umwelt und Klima bei Investitions- und Beschaffungsentscheidungen“ beschloss. Das ist ein Stück Kommunalpolitik für die Umwelt. In die gleiche Richtung geht auch der im Jahre 2020 auf unseren Antrag hin eingeleitete Übergang des Kreistages zur papierlosen Arbeit.

Diese Aufzählung ist nicht vollzählig, verdeutlicht aber die Breite und die Intensität der Arbeit der Fraktion und – bei aller Begrenztheit – auch den Erfolg dieser Arbeit.

Ausführlicher werden in den folgenden Beiträgen Probleme der Tarifentwicklung im Krankenhaus Oder-Spree in Beeskow vor dem Hintergrund der Pandemie, der Ansiedlung von Tesla in Grünheide, der Jugendhilfe und – gewissermaßen als Muster für die künftigen Ausgaben des Informationsblattes der Fraktion – des Dezember-Kreistages dargestellt.

Ich wünsche den Leserinnen und Lesern eine interessante Lektüre und würde mich über ein Echo aus der Leserschaft freuen.



Die Fraktion DIE LINKE.PIRATEN unter Corona-Bedingungen (v.l.): Tobias Thieme, Dr. Artur Pech, Dr. Bernd Stiller, Garbiele Weitzel, Dr. Felix Mühlberg, Rita-Sybille Heinrich, Bettina Lehmann, Stephan Wende, Dr. Jörg Mernitz (nicht auf dem Foto: Dr. Astrid Böger)

Tarifpolitik für die Gesundheit

Der Landkreis Oder-Spree ist Träger des Kreiskrankenhauses in Beeskow. Nachdem mit der Umwandlung des Krankenhauses aus einem Eigenbetrieb in eine GmbH vor rund 15 Jahren eine Abkopplung der Bezahlung der Beschäftigten vom Tarif des öffentlichen Dienstes herbeigeführt wurde, hatte sich bis 2019 ein Zustand ergeben, mit dem sich die Beschäftigten nicht mehr abfinden konnten. Die Kreistagsfraktion war und ist mit ihnen solidarisch.

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. PIRATEN hatte der Kreistag am 4. Dezember 2019 bei 11 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen beschlossen kurzfristig eine Annäherung und mittelfristig eine Angleichung an den entsprechenden Tarif des öffentlichen Dienstes anzustreben.

Zugleich hat der Kreistag von Bund und Land gefordert, im Interesse einer flächendeckenden medizinischen Versorgung die Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung so zu verändern, dass ein wirtschaftlicher Betrieb kommunaler Krankenhäuser bei Einhaltung der zutreffenden Tarif-

verträge für den öffentlichen Dienst gewährleistet wird.

In Beeskow wurde zum Ende des Jahres 2019 eine Vergütung von etwas mehr als 80 Prozent des Tarifes im öffentlichen Dienst erreicht. Im Jahr 2020 sollte dann erneut verhandelt werden.

Am 23. Juni 2020 setzten wir das Thema erneut auf die Tagesordnung. Da steckte das Land schon mitten in der Corona-Pandemie und es war von manchen Balkonen wohlfeiler Beifall für die Beschäftigten in den Krankenhäusern zu vernehmen.

Selbst unter diesen Bedingungen fand unser Antrag, dass der Landkreis als Gesellschafter des Kreiskrankenhauses Beeskow die Tarifverhandlungen mit dem Ziel einer Rückkehr in den Tarif des öffentlichen Dienstes zum 1. Januar 2021 führen soll, nur eine Minderheit von 12 Stimmen.

Neben aller politischen Rabulistik, die für die Begründung dieses schäbigen Abstimmungsverhaltens bemüht wurde, bleibt festzuhalten: Das System der Krankenhausfinanzierung in der BRD ist so gestrickt, dass es die

Krankenhäuser in die gegenseitige Konkurrenz treibt, dass sie sich die „profitablen Fälle“ gegenseitig abjagen. Da geht es nicht um die Gesundheitsversorgung in der Fläche, da geht es um die Umwandlung von Krankenkassenbeiträgen in Konzernprofite.

Die Beschäftigten haben unsere volle Solidarität. Das System der Krankenhausfinanzierung muss so verändert werden, dass kommunale Krankenhäuser nicht mehr in die Pleite getrieben werden, wenn sie nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlen – oder Kommunen dazu gezwungen werden, sie aus klammen kommunalen Kassen zu subventionieren.

Was – außer einem unverschämten Profitstreben – spricht eigentlich gegen einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für die Krankenhäuser? Solche Veränderungen zu erzwingen ist nicht nur eine Angelegenheit der Beschäftigten in den Gesundheitseinrichtungen, es muss die Sache auch der Kommunen, der Landkreise sein, die ihre Politik am der Gesundheit der Menschen in ihren Verantwortungsreichen ausrichten.

Tesla

Rund um Tesla gab es im Landkreis im Jahr 2020 viele Auseinandersetzungen. Aus der Sicht der Linksfraktion im Kreistag sind da drei Gesichtspunkte hervorzuheben:

Erstens wird die Errichtung dieser Fabrik das Gesicht der Region verändern. Da geht es um die Frage, wie die betroffenen Kommunen mit den aus dieser Industrieansiedlung erwachsenden Problemen umgehen können und welche Forderungen sie gegebenenfalls auch gegenüber dem Land aufmachen müssen.

Und da wird sie Sache sehr schnell kritisch. Schon im Dezember 2019 hatte unsere Fraktion im Kreistag auf Grund der sich absehbar weiter zuspitzenden Situation und der ohnehin unerträglichen Verkehrssituation für die Bevölkerung im Raum Erkner, Neu Zittau und Umland, dringend Maßnahmen gefordert. Der Februar-Kreistag hat daraufhin den Landrat beauftragt, gegenüber den Aufgabenträgern die Forderung nach der zügigen Um-

setzung der Entlastung der Gemeinde Neu Zittau und der Stadt Erkner vom Durchgangsverkehr zu bekräftigen. Nach unserer Meinung darf Tesla nicht zu einer weiteren Zuspitzung der bereits bestehenden unzumutbaren Belastungen für die Bevölkerung führen.

Diese Forderung war dann auch Teil eines umfassenden Analyse- und Maßnahmenpakets, das der Landrat dem Kreistag im Juni vorlegte. So weit, so gut. Aus der Sicht des Monats Dezember ist freilich festzustellen: Der Baufortschritt auf dem Tesla-Gelände in Freienbrink lässt erwarten, dass dort tatsächlich im Jahr 2021 die Produktion beginnen kann. Was bis dahin mit Sicherheit nicht passieren wird, ist die Ertüchtigung der kommunalen Infrastruktur. Die Menschen im Umkreis werden erst einmal mit deutlich verschärften Bedingungen leben müssen. Bis jetzt ist jedenfalls nicht einmal eine Reaktion auf das im Sommer vorgelegte Papier aus dem

Landkreis bekannt geworden. Es wird wohl eine zusätzliche Buslinie geben – mehr erst einmal nicht. Und wenn die Fabrik dann läuft, wird sich wohl außer den Betroffenen kaum noch jemand darum kümmern. Es kommt also darauf an, möglichst schnell und möglichst umfassend Druck auszuüben, damit wenigstens Pflöcke eingeschlagen werden, die sich so schnell nicht ignorieren lassen.

Der zweite Punkt: Natur, Profit und Arbeitsplätze: Hier will und wird niemand die Umwelt retten. Hier errichtet ein internationaler Konzern eine Fabrik, um Profit zu machen. Im Ergebnis werden dann in Brandenburg mehr Autos gebaut und anderenorts – auch in Deutschland – weniger. Damit können dann in der Region mehr Menschen Arbeit finden. Dieser Prozess wurde grundsätzlich schon vor rund 150 Jahren Jahren von Karl Marx im „Kapital“ beschrieben: „Die moderne Industrie ... schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen

aus einem Produktionszweig in den andern. Die Natur der großen Industrie bedingt daher Wechsel der Arbeit, Fluß der Funktion, allseitige Beweglichkeit des Arbeiters.“ Das gehört zum Kapitalismus. Neuerdings ist von bis zu 40 000 neuen Arbeitsplätzen in Grünheide die Rede, gleichzeitig gibt es Prognosen in der Automobilindustrie könnten 410 000 Jobs durch die Elektromobilität wegfallen. Das wird zu Wanderungsbewegungen führen, die in der Kommunalpolitik vor Ort bewältigt werden müssen und die die kommunale Infrastruktur schon einmal umkippen können.

Es klingt wie Hohn, wenn der Konzernlenker von Tesla die Standortentscheidung für Grünheide unter anderem mit verfügbaren billigen Wohnungen für junge Familien begründet. Wie schrieb doch die *MOZ* am 12. November 2020: „Mit der Tesla-Fabrik als Arbeitgeber steigt der Bedarf an Wohnraum in der Region. Schon heute ist der Markt angespannt.“

Und der **dritte Punkt**: Das Unternehmen, das in Grünheide baut, ist für Rücksichten auf Natur, Umwelt und Beschäftigte nicht bekannt, wenn es um die Sicherung von Profiten geht. Als Beispiel kann da ein Tweet des

Herrn Musk dienen. Auf die Bemerkung eines Users „Weißt Du, was nicht im Interesse der Bürger war? Dass die US-Regierung einen Putsch gegen Evo Morales in Bolivien organisiert, damit Du Lithium erhältst“ antwortete der Konzernchef: „Wir werden putschen, gegen wen immer wir wollen. Finde Dich damit ab.“

Bei allen Beschwichtigungen, die hierzulande zu vernehmen sind: Wir werden dafür zu arbeiten haben, dass die so gewünschte Ergebnisheit bei uns nicht stattfindet. Es spricht für sich, dass diese Seite in den Medien kaum bis gar nicht vorkommt.

Jugendhilfe in Zeiten der Pandemie

... so hieß und heißt das Dauerthema in den Beratungen des Jugendhilfeausschusses. Während zu Beginn der Pandemie neben Schulen, Horten und Kitas auch die Einrichtungen der Jugendhilfe wie Jugend- und Schülerclubs, außerschulische Bildungsorte wie das Ferienland im Störitzland und in Grünheide oder auch die evangelische Bildungsstätte Hirschluch von einem Tag zum anderen geschlossen wurden, begann der Jugendhilfeausschuss im Kreistag unverzüglich mit der Aufarbeitung dieser für Kinder und Jugendlichen sehr belastenden Zeit. Und schnell wurde deutlich, dass eine nochmalige Schließung der Angebote für Kinder und Jugendliche unbedingt verhindert werden muss, weil mehr verloren geht, als nur der Ort des Treffens. Gemeinsam mit zahlreichen Vereinen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendsozialarbeit beriet der Jugendhilfeausschuss seitdem, wie Schließungen verhindert, dringend notwendige Unterstützungssysteme, z.B. die stationären und teilstationären Angebote der Hilfen zur Erziehung, wie Jugendwohnprojekte,

aber auch die Eltern-Kind-Zentren in Oder-Spree, erreichbar bleiben und arbeiten können und wie es gerade auch mit den Instrumenten der Jugendarbeit gelingt, neue Angebote in schwierigen Zeiten zu etablieren.

Jugendclubs begannen zu streamen. Das Soziokulturelle Zentrum hat mit „Kultur trotz(t) Corona“ einen regelmäßigen, virtuellen Begegnungsort mit Kultur und Kulturschaffenden der Region etabliert, der zum Verweilen und Austausch einlädt. Das Jugendteam Beeskow der Stiftung SPI (Sozialpädagogisches Institut Berlin „Walter May“) lädt zu virtuellen Challenges der Jugendlichen mit den Sozialarbeiter*innen ein, Beratung und Austausch finden virtuell statt und Jugendarbeiter*innen im Landkreis treffen sich mit Abstand in Parks und vielmals an Bushaltestellen mit den Kindern und Jugendlichen. Einfach weiter da sein, zuhören und in schwierigen Situationen helfen können, eint alle Akteure.

Im Kreistag wurde eine Sonderförderung für die Erziehungshilfen beschlossen, um Ausfälle bei den Trä-

gern zu kompensieren, die Mittel der freien Kinder- und Jugendarbeit konnten unkompliziert umgewidmet werden und flossen verlässlich weiter.

Die Träger haben begonnen in einer Sozialraumbörse Orte für Begegnung, Bildung und kulturellen Austausch in den Städten und Gemeinden des Landkreises zusammenzufassen, um gerade auch für die formale und nonformale Bildung, aber auch für die Mittagsversorgung, zusätzliche und unter Pandemiebedingungen möglich Orte zu definieren. Das ist eben auch der Gemeindesaal, oder das Kino und die Heimatstube, der Spielplatz und der Heimattiergarten, das Familiencafé und die Nähstube. Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen und Lehrer*innen sind hier gefordert und gewillt für Kinder und Jugendliche da zu sein.

Kinder- und Jugendarbeit in Zeiten der Pandemie ist nicht immer einfach – aber möglich und vor allem notwendig!

*Stephan Wende, Fürstenwalde,
Mitglied des Kreistages, Vorsitzender
des Jugendhilfeausschusses*

Der Dezember-Kreistag

Kommunale Notlagenverordnung

Der Kreistag am 2. Dezember fand in einer eigenartigen Atmosphäre statt. Zunächst ging es darum, die Arbeit des Kreistages unter den weiter verschärften Corona-Bedingungen zu organisieren. Dafür sollten einzel-

ne Bestimmungen der „kommunalen Notlagenverordnung“ des Landes Brandenburg für den Kreistag Oder-Spree aktiviert werden. Es ging darum, neben Präsenzsitzungen auch Video- oder Audiositzungen möglich zu machen und verschiedene Regularien dafür festzuklopfen.

Da die Möglichkeiten für eine kommunalpolitische Öffentlichkeitsarbeit unter diesen Bedingungen sehr eingeschränkt sind und die Ausübung demokratischer Rechte ohnehin arg ins Gerede gekommen ist, hatte unsere Fraktion beantragt, den öffentlichen Teil des Kreistages im Internet

per Livestream zu übertragen. Dabei hätte es sich um eine marginale Erweiterung der zwingenden Forderung aus der „kommunalen Notlagenverordnung“ gehandelt, für die allgemeine Öffentlichkeit mindestens eine Tonübertragung in öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten zu gewährleisten und bei Videositzungen und Audiositzungen mindestens zu gewährleisten, dass die interessierte Öffentlichkeit in öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten die Sitzung zeitgleich verfolgen kann.

Eine solche Übertragung ist in anderen Landkreises des Landes Brandenburg auch ohne Pandemie in deren Geschäftsordnung geregelt.

Bei uns wurde dieser Antrag mit teilweise abstrusen Begründungen abgelehnt. Es scheint, dass Teile des Kreistages und der Kreisverwaltung Angst vor der Öffentlichkeit haben. Ob gewollt oder ungewollt wird so Demokratieverdrossenheit weiter befördert.

Der Kreishaushalt

Auch die Beratungen zum Kreishaushalt für das Jahr 2021 standen im Zeichen der Pandemie. Mit der Absenkung der Kreisumlage – dass sind die Mittel, die von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden an den Kreishaushalt abzuführen sind – auf 36 Prozent sollten die Kommunen entlastet werden.

Dabei sind freilich systemimmanente Probleme nicht zu übersehen. Da Berechnungen auf Daten der Vorjahre beruhen, hat sich trotz der prozentualen Absenkung der Gesamtbetrag erhöht. Und es stellen sich auch Fragen nach dem Umgang mit der Pandemie und insbesondere dem Schülerverkehr.

Es ist ein überzeugendes Argument, wenn Eltern das Gedränge in den Schulbussen beklagen, wo doch in den Schulen zur Coronabekämpfung Abstand gehalten werden soll. Und es überzeugt eben nicht, dass der Kreis auf die Zusage von Landesmitteln warten müsse, um für Kapazitätserweiterungen der Schülerbeförderung unter Coronabedingungen nicht in die eigene Kasse greifen zu müssen. Das ist nicht nur widersinnig, es erzeugt auch berechtigten Frust.

Die Schulproblematik spielte auch in einem anderen Zusammenhang noch eine Rolle. Auf Antrag unserer

Fraktion wurde der Haushalt dahingehend angepasst, dass mit der Vorbereitung der Baumaßnahmen um die Morus-Schule in Erkner noch im Jahre 2021 begonnen werden kann. Das war ursprünglich erst für 2022 vorgesehen.

Darüber hinaus hatte der Kreistag schon auf seiner vorangegangenen Sitzung beschlossen im Jahr 2020 das Budget für die Schuldnerberatung wieder auf das Niveau von 2019 anzugeben und so die Kürzung im Jahr 2020 rückgängig zu machen.

Armutsbericht

Die Fraktion DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag des Landkreises Oder-Spree hat zum Kreistag am 2. Dezember 2020 den Antrag eingebracht, die Kreisverwaltung mit der Erarbeitung eines Armutsberichtes zu beauftragen. Ein Grund für diesen Antrag war auch die in der Folge der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie wachsende Armutsgefährdung im Landkreis.

Als im März 2020 der erste „Lockdown“ zuschlug erhöhte sich nach der amtlichen Statistik die Zahl der Regelleistungsberechtigten für die Grundversicherung im Landkreis binnen Monatsfrist um 518 Personen. Nach der gleichen Statistik gelten über 90 Prozent der 11 557 Regelleistungsberechtigten als arm. Es ist ein Skandal, dass sich der Kreistag der Einsicht in diese Folgen der Corona-Krise verweigerte und den Antrag ablehnte. Diese Ignoranz muss den Widerstand nicht nur der Betroffenen herausfordern. Die Linksfraktion im Kreistag steht an ihrer Seite.

Afrikanische Schweinepest

Während große Teile des Landkreises und viele landwirtschaftliche Betriebe und damit zusammenhängende Gewerbe hart von der Afrikanischen Schweinepest betroffen sind, agieren Bundes- und Landespolitik weitgehend konzeptionslos.

Als noch über Sinn oder Unsinn eines Zaunes entlang der Oder gestritten wurde, waren infizierte Tiere bereits über die Grenze gekommen. Nach den ersten Funden hatten die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung hart zu arbeiten, um die Gefahrenggebiete einzugrenzen. Als dies im ersten Fundgebiet weitgehend abgeschlossen war, fanden sich

weitere Kadaver außerhalb der bereits abgegrenzten Gebiete und alles begann von vorn. Zu diesem Zeitpunkt vereinbarte unsere Fraktion mit der Fraktion FDP/BJA/FVO eine gemeinsame Initiative für eine Entschließung des Kreistages des Landkreises Oder-Spree, denn obwohl nun eine Reihe weiterer Landkreise betroffen sind, liegt die schwerste Last noch immer auf unserem Landkreis.

Diese Entschließung hat der Kreistag am 2. Dezember angenommen. Darin wird nicht nur eine nationale Strategie des Umgangs mit der Afrikanischen Schweinepest gefordert, sondern darüber hinaus ein abgestimmtes Handeln der Europäischen Union, dass sich nicht in der Fragen der Finanzierung von Zäunen oder der Regularien für die Bekämpfung der Tierkrankheit erschöpft, sondern auch die Existenz der vielen in der Landwirtschaft und in den damit verbundenen Gewerben Beschäftigten im Auge hat, die in ihrer Existenz bedroht sind.

Einen Tag nachdem dieser Beschluss im Kreistag gefasst wurde, meldete „Brandenburg aktuell“ den Nachweis weiterer 42 Fälle – insgesamt damit 225 amtlich bestätigte Fälle. Und weiter: „Ministerpräsident Woitke hat unterdessen Bund und Länder aufgefordert, Brandenburg bei der Bekämpfung der Tiersuche finanziell zu unterstützen.“ Es sei im Interesse Aller, dass sich die Krankheit nicht weiter ausbreitet.

Eine klare Bestätigung der Notwendigkeit unserer Entschließung. Denn wenn Worte einen Sinn machen, dann hat der Ministerpräsident des Landes Brandenburg damit bestätigt, dass es eine einheitliche Strategie für den Kampf gegen die Afrikanische Schweinepest noch immer nicht gibt.

Ob bei der Corona-Pandemie oder der Schweinepest: „Halbe Sachen“ sind immer die schlechteste Lösung.

Impressum:
Linke Politik im Kreistag Oder-Spree –
Informationen der Fraktion DIE LINKE.
PIRATEN im Kreistag Oder-Spree;
V.i.S.d.P.: Dr. Artur Pech, Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE.PIRATEN, E-Mail:
kreistagsfraktion@dielinke-oder-spree.de;
Druck: SAXOPRINT GmbH, 01277 Dresden
Redaktionsschluss: 4. 12. 2020,
Auflage: 2 000 Exemplare
Autor aller nicht namentlich gekennzeichneten
Beiträge dieser Ausgabe: Dr. Artur Pech,
Schöneiche, Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE.PIRATEN im Kreistag Oder-Spree